

## Pressekonferenz

mit Prof. Dr. Axel A. Weber  
Präsident der Deutschen Bundesbank  
am 15. März 2005

Zunächst möchte ich Sie alle hier sehr herzlich zu unserer Jahresabschluss-Presskonferenz begrüßen. Ich werde mich auf 4 Themen konzentrieren: Erstes Thema ist der Jahresabschluss sowie die Komponenten des Bundesbankgewinns, zweitens möchte ich die Bundesbank-Strukturreform und aktuelle Beschlüsse ansprechen. Außerdem werde ich mich zur Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahr und zu einem Ausblick für dieses Jahr, insbesondere auch im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen, äußern. Anschließend werden Herr Dr. Fabritius und ich für Fragen zur Verfügung stehen.

### **1. Jahresabschluss**

Zunächst einmal ist es wichtig, den diesjährigen Bundesbankgewinn in Höhe von 676 Mio. € in Perspektive zu der Entwicklung des Gewinns in den Vorjahren zu setzen. Ebenso wie im Vorjahr haben wir einen recht geringen Gewinn. Der Jahresüberschuss in diesem Jahr wird in voller Höhe an den Bund abgeführt. Der Gewinn fließt vollumfänglich in die Finanzierung des Bundeshaushalts ein.

Lassen Sie mich jetzt zu den wichtigsten Komponenten des Bundesbankgewinns kommen. Die Zinserträge als wichtigste Quelle des Bundesbankgewinns haben sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 0,3 Mrd. auf 4,9 Mrd. € erhöht. Die Erträge kommen primär aus der Refinanzierung der Kreditinstitute und sind trotz niedriger Zinssätze um diesen Betrag von 0,3 Mrd. € auf 3,5 Mrd. € gestiegen. Ursächlich hierfür sind insbesondere die Zunahme im Zusammenhang mit dem Wachstum des Euro-Bargeldumlaufs und die damit entsprechend gestiegenen Volumina der Bankenrefinanzierung. Die Zinserträge in Fremdwährungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. auf 0,9 Mrd. € Ursächlich hierfür ist neben dem schwächeren US-Dollar insbesondere auch das im Jahresdurchschnitt niedrigere Zinsniveau im US-Dollar-Raum.

Den Zinserträgen stehen Zinsaufwendungen gegenüber, die für das angeführte Nettozinsergebnis wichtig sind. Die Zinsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mrd. auf 1,7 Mrd. € erhöht. Insgesamt ergibt sich so ein Nettozinsertrag von 3,2 Mrd. €

Ein zweiter wichtiger GuV-wirksamer Posten in diesem Jahr sind die monetären Einkünfte. Bei den monetären Einkünften ergibt sich für die Bundesbank ein Aufwand von 461 Mio. € gegenüber 91 Mio. € im Vorjahr. 58 Mio. € Aufwand resultieren aus der Verteilung der monetären Einkünfte

zwischen den nationalen Zentralbanken für das Jahr 2004. Ein weiterer Aspekt ist, dass die EZB im Geschäftsjahr 2004 mit einem Verlust von 1.636 Mio. € abgeschlossen hat.

Nach Artikel 33.2 der EZB-Satzung kann der Verlust von der EZB aus dem allgemeinen Reservefonds und nach entsprechendem Beschluss des EZB-Rates aus den monetären Einkünften der nationalen Notenbanken entnommen werden. In diesem Jahr hat der EZB-Rat beschlossen, dass zur Deckung des EZB-Verlusts die monetären Einkünfte aller nationalen Zentralbanken aus 2004 herangezogen werden. Die Bundesbank ist hieran mit 402 Mio. € beteiligt und hat in dieser Höhe eine Rückstellung gebildet. Dies ergibt sich aus unserem Anteil von 29,6 % am EZB-Kapital.

Ein dritter und zentraler Posten für die GuV-Rechnung in diesem Jahr sind - wie im Vorjahr - Abschreibungen auf die Devisenbestände der Deutschen Bundesbank. Der Nettoaufwand aus Finanzgeschäften, Abschreibungen und Veränderungen der allgemeinen Wagnisrückstellung beträgt 1,974 Mrd. € gegenüber 1,511 Mrd. € im Vorjahr. Im Jahr 2004 sind Bewertungsverluste von insgesamt 2.289 Mio. € angefallen, davon 2.106 Mio. € in der Dollar-Position. Die hohen Abschreibungen sind auf Grund der starken Euro-Aufwertung entstanden. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass der Dollar im Jahr 2003 in den Beständen mit 1,2630 € pro Dollar bewertet wurde, Ende 2004 war der entsprechende Wert 1,3621 €.

GuV-wirksam ist in diesem Jahr insbesondere auch ein Sonderfaktor, der mit einer Teilausbuchung von Banknoten der Serie I/la der Bundesbank zusammenhängt. Die noch umlaufenden DM-Banknoten werden in der Bilanz der Bundesbank als sonstige Passiva erfasst. Die DM-Banknoten sind kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Die Bundesbank hat jedoch öffentlich erklärt, alle noch umlaufenden DM-Banknoten zeitlich unbefristet einzulösen.

Zum Jahresende beträgt der DM-Banknotenumlauf der Serien Ia und III insgesamt 4.027 Mio. €. Die Banknotenserie I/la wurde am 23. Juni 1994 zum 30. Juni 1995 aufgerufen. Nach den entsprechenden bilanzrechtlichen Grundsätzen können solche Verbindlichkeiten ausgebucht werden, sofern - und dies haben die Wirtschaftsprüfer attestiert - mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist. Dies ist bei den noch umlaufenden DM-Banknoten der Serie I/la, von denen immer weniger zum Umtausch vorgelegt werden, zum größten Teil der Fall. Daher wurde in diesem Jahr ein Teilbetrag in Höhe von 1.237 Mio. € zum Jahresende ausgebucht.

Die entsprechenden für die Testate der Wirtschaftsprüfer notwendigen Berechnungen wurden anhand mathematisch-statistischer Modelle durchgeführt, und es ist bis auf einen Restbetrag von 127 Mio. € mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mit einem weiteren Rücklauf dieser Serie zu rechnen. Unter Anwendung der für die vorgenannte Teilausbuchung relevanten Kriterien ist hinsichtlich der Banknotenserie III nicht vor dem Jahr 2011/2012 mit einer weiteren Teilausbuchung zu rechnen. Erst wenn ein Restrücklauf mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr zu erwarten ist, wurden auch in der Vergangenheit diese Serien ausgebucht. Dieses Vorgehen wurde schon von der Bundesbank bei der Teilausbuchung der Banknoten für die Bank deutscher Länder in den 70er Jahren in ähnlicher Form angewandt.

## 2. Strukturreform

Im Rahmen der Strukturreform geht es zunächst um die schon 2002 eingeleitete Neuausrichtung der Leitungsebene der Bank und die entsprechenden Rückwirkungen, die sich für die Aufgaben und für die Organisation der Bank in der Fläche daraus ergeben. Die Neuorganisation der Leitungsebene und der Hauptverwaltungen wurde weitgehend bereits im Jahr 2003 implementiert, insbesondere ist hier die einheitliche Aufbauorganisation der Hauptverwaltungen zu erwähnen. Wir sind jetzt dabei, weitere Beschlüsse zur Filialstrategie und auch zum Leistungsangebot der Bank umzusetzen. Ich möchte hier insbesondere die Einstellung der Kontoführung für Wirtschaftunternehmen oder auch die Einstellung der Wertpapiergeschäfte für Jedermann erwähnen. Ferner hat im letzten Jahr und in diesem Jahr eine Konsolidierung der Dienstleistungen im Bargeldverkehr auf Basis der im Eurosystem einheitlichen Standardleistungen stattgefunden. Hier ist beschlossen, dass Zusatzleistungen kostendeckend angeboten werden und dass das Leistungsangebot im unbaren Zahlungsverkehr auch auf Grund von Beschlüssen der Bank neu ausgerichtet wurde, z. B. im Bereich der Zentralisierung von Zahlungsverkehrsabwicklungen.

Im Zusammenhang mit der Konsolidierung des Leistungsangebots und der Filialstrategie sind auch Beschlüsse im Bereich der Personalstrategie und der Immobilienstrategie der Bank zu sehen. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass die Bundesbank ihre ursprünglich 127 Filialen und Betriebstätten in 2002 bis 2007 auf 47 Filialen in der Fläche erheblich konsolidieren wird. Der Schließungsplan ist so, dass im Jahr 2004 19 Filialen und 21 Betriebsstellen geschlossen wurden, im Jahr 2005 werden 5 weitere Filialen und 3 Betriebsstellen geschlossen. Wir werden vermutlich gegen Ende 2007 die hier angedeutete Zielorganisation mit 47 Filialen erreicht haben.

Damit eng verbunden ist das, was der Bundesbankvorstand im letzten Jahr in Ergänzung der Filialstrategie als Immobilienstrategie beschlossen hat. Der Gesamtbestand an Wohnungen zum 30.06.2004, die die Bundesbank an den verschiedenen Standorten (Filialen, Hauptverwaltungen und Zentrale) in Deutschland hat, betrug 4.887 Wohneinheiten. Ziel der Bundesbankbeschlüsse ist eine erhebliche Reduzierung des Wohnungsbestands. Bis 2009 wird sich der Bestand der Bundesbank im Wohnungsbereich auf die Dienstorte konzentrieren, an denen ein angespannter Wohnungsmarkt besteht, und wir werden den reduzierten Wohnungsbestand nutzen, um die Abfederung der Umstrukturierungsmaßnahmen mit einem angemessenen Wohnraumangebot zu begleiten. Dabei werden wir jedoch ausnahmslos den Verkauf von Wohnungen an zu schließenden Filialstandorten vorantreiben. Wir werden auch Streubesitz an Brennpunkten des Wohnungsmarktes weiter veräußern und bis 2009 die entsprechende Konzentration des Wohnungsbestands noch mal neu überprüfen. Langfristig haben wir den Tendenzbeschluss gefasst, dass nur die betrieblich notwendigen Immobilien für Wohnzwecke vorgehalten werden. Dabei dreht es sich neben den Dienstgebäuden selbst primär um Dienstwohnungen oder um Wohnungen im Zusammenhang mit der Haltung und dem Unterhalt der Dienstgebäude, z. B. Hausverwaltung etc.

Vor dem Hintergrund aktueller Diskussionen um die Bargeldstrategie der Bundesbank möchte ich auf die Rahmenvereinbarung der EZB über die Falschgelderkennung und die Sortierung von Euro-Banknoten, die im Dezember 2004 gefasst wurde, eingehen. Sie eröffnet insbesondere die Möglichkeit, Bargeldakteure in das Recycling der Banknoten in privaten Bargeldbearbeitungszentren ohne Rückfluss zur Notenbank einzubinden. Durch die Beschlüsse wird eine Öffnung des

Marktes vorangetrieben, die einen Bargeldkreislauf außerhalb der Tore der Bundesbank in einem gewissen Umfang ermöglicht. Die aktuellen Bundesbankbeschlüsse zur Bargeldstrategie sind vor dem Hintergrund der Konzentration unserer Präsenz in der Fläche zu sehen. Sie zielen auch darauf ab, die Dienstleistungen für die Bargeldinfrastruktur am technischen Fortschritt auszurichten und dadurch insbesondere der Steigerung der Wirtschaftlichkeit unserer Bargeldbearbeitung Rechnung zu tragen. Dies bedeutet eine Straffung der Bargeldbearbeitungsprozesse und eine effizientere Banknotenbearbeitung bei der Bundesbank, was durch die schrittweise flächendeckende Einführung der so genannten Multistückelungsbearbeitung vorangetrieben wird. Dies ermöglicht in Zukunft auch den Verzicht auf einige Anforderungen wie z. B. die sortenreine Einlieferung von Einzahlungsgebänden, die Einlagigkeit von Banknoten oder die Zusammenfassung von einzuliefernden Banknoten zu je 100 Banknoten in einem Päckchen.

Unsere Planung geht davon aus, dass die Bundesbank an der Bargeldbearbeitung weiterhin beteiligt ist und insbesondere auch in der Banknotenbearbeitung weiterhin präsent ist. Dies ist unseres Erachtens Voraussetzung für die Aufgabenerfüllung der Bundesbank in diesem Bereich. Unsere Aufgabenerfüllung im Europäischen Zentralbanksystem orientiert sich an drei Funktionen: Das ist erstens die Sicherung der Qualität der umlaufenden Banknoten, zweitens die Falschgeldprävention und -bekämpfung und drittens die Gewährleistung einer reibungslosen Bargeldversorgung einschließlich der Krisenvorsorge.

Die Bundesbank hat im Rahmen der Bargeldstrategie beschlossen, dass sich die Einführung der Multistückelungsbearbeitung über einen Zeitraum von drei Jahren bis zum Herbst 2008 erstrecken wird. Insbesondere zu Beginn der Implementierungsphase der Multistückelung – die zu erheblichen Kostensynergien in der Bundesbank führen wird – sind einzelne Pilotprojekte geplant, die die Konkretisierung unseres Leistungsangebots zum Inhalt haben.

In der entsprechenden Implementierungsphase werden wir die Gespräche mit der Kreditwirtschaft, dem Einzelhandel und den Werttransportunternehmen auf nationaler Ebene fortsetzen. Zuletzt fanden Gespräche z. B. mit dem BDGW am 8. März statt. Weitere Gespräche sind in den kommenden Monaten mit allen am Bargeldzyklus Beteiligten geplant. Bei den Gesprächen sind zwei Aspekte zu klären: Das Erste ist die Vereinheitlichung und Standardisierung der Verfahren auf Eurosystem-Ebene im Bereich der Multistückelungsverarbeitung und das Zweite ist die Konkretisierung insbesondere der Entgeltfestlegung in diesem Bereich.

Lassen Sie mich auch noch mal kurz auf die Mitarbeiterdimension der Beschlüsse zur Bargeldbearbeitung eingehen. Alle unsere Beschlüsse, die wir bis jetzt für den Zeitraum bis zum Jahre 2007 gefasst haben, beinhalten, dass die Bank einen erheblichen Personalabbau von etwa 13.414 Mitarbeiterinnen im Dezember 2004 auf 11.100 Mitarbeiter im Jahr 2007 vorantreiben wird. Die vorgesehenen Strukturreformen werden also zu einer erheblichen Konzentration der Bank auch in der Fläche führen. Unsere Beschlüsse zur Multistückelung und zur Straffung des Angebots werden zu weiteren Effizienzsteigerungen in der Bargeldbearbeitung führen und auch hier gewisse zusätzliche Personalimplikationen in den kommenden Jahren haben.

Was bedeutet dies auf der Kostenseite?

Auf der Kostenseite ist es so, dass wir in den letzten Jahren durch die Straffung unseres Leistungsangebots und den teilweisen Rückzug aus der Fläche bereits erhebliche Kosteneinsparungen realisieren konnten. Im Jahr 2003 entsprachen die Einsparungen in Höhe von etwa 136 Mio. €. Die Ist-Kosten der betrieblichen Leistungserstellung in 2004 lagen um rund 207 Mio. € niedriger als im Jahr 2002. Wir werden als Ergebnisse der Strukturreform dann ab dem Jahr 2008 in etwa 280 Mio. € pro Jahr einsparen können.

### **3. Wirtschaftslage**

Lassen Sie mich kurz auf einige Aspekte kommen, die von allgemeiner wirtschaftspolitischer Relevanz sind. Die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland bot im Jahr 2004 ein zwiespältiges Bild. Licht und Schatten, Positives und Enttäuschendes lagen hier im letzten Jahr eng zusammen. Aus konjunktureller Sicht ist festzuhalten, dass es im letzten Jahr zwar gelungen ist, die hartnäckige Stockungsphase der vorangegangenen 3 Jahre zu überwinden, doch wuchs die Wirtschaft relativ gering: Vor der Arbeitstagebereinigung etwa real 1,6 %, nach der Arbeitstagebereinigung – der Arbeitstageeffekt war etwa 0,5 % im letzten Jahr – reduziert sich dies auf ein Wachstum von etwa 1,1 %. Das geleistete Arbeitsvolumen nahm um etwa 0,5 % zu. Trotz der Belastung des preislichen Umfelds durch administrative Preisänderungen und der Ölpreisteigerung blieb das Preisklima in Deutschland im Kern günstig. Insbesondere möchte ich erwähnen, dass die Gesamtrate des Verbraucherpreisindex bei 1,6 % lag. Wenn man die entsprechenden volatilen Komponenten herausrechnet, lag die zugrunde liegende Preissteigerungsrate noch etwa bei einem halben Prozent.

Wir müssen jedoch feststellen, dass auch der Binnenkonjunktur nach wie vor der Durchbruch nicht gelungen ist. Die deutsche Wirtschaft blieb recht anfällig, insbesondere für außenwirtschaftliche Schocks, da in den vergangenen Jahren ein Großteil des Wirtschaftswachstums außenwirtschaftlich bedingt war und das Wachstum auf einem recht flachen Wachstumspfad stattfand. Die entsprechenden Steigerungen an den Ölpreismärkten und die Aufwertungseffekte haben in der zweiten Jahreshälfte insbesondere die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung relativ abrupt abgebrochen, und die deutsche Konjunktur ist in der zweiten Jahreshälfte stärker zu einer Seitwärtsbewegung übergegangen. Die Exporte dürften auch in diesem Jahr, solange die endogenen Auftriebskräfte der Binnenkonjunktur schwach bleiben, nach wie vor sowohl Antriebskraft als auch gleichzeitig offene Flanke der Wirtschaftserholung bleiben. Deshalb ist es wichtig, dass auch in diesem Jahr die außenwirtschaftlichen Impulse nicht ausbleiben. Die Bedingungen dafür sehen wir nach wie vor als positiv an. Trotz erkennbarer Risiken ist das außenwirtschaftliche Umfeld aus deutscher Sicht nach wie vor sehr günstig.

Die Weltwirtschaft dürfte in diesem Jahr stärker wachsen als im langfristigen Durchschnitt, und der Welthandel wird nach wie vor mit einem relativ hohen Grundtempo expandieren. Im langfristigen Vergleich ist es für Deutschland auf den Weltmärkten nach wie vor so, dass wir mit relativen Wettbewerbsvorteilen in diesem globalen Wettbewerbsumfeld stehen. Wir haben aber auch innerhalb des Euroraums eine Wettbewerbsposition, die sich durch Kostendisziplin auf der Lohnseite seit dem Beginn der Währungsunion weiter verbessert hat. Die deutschen Exporteure

profitieren auch davon, dass sie eine hohe Präsenz in den wichtigen Export- und Wachstumsregionen der Welt zeigen und es gelungen ist, durch die Restrukturierung und Diversifikation der Produktionsstandorte die Störungsanfälligkeit gegenüber Wechselkurschwankungen in der internationalen Arbeitsteilung, zumindest teilweise, zu reduzieren.

Wichtig erscheint mir auch der Hinweis, dass das Geschäftsklima der gewerblichen Wirtschaft und die Stimmungslage der privaten Haushalte trotz der konjunkturellen Stockungen und der verbleibenden Unsicherheiten keinen Rückschlag hinnehmen mussten, auch nicht zum Ende des letzten Jahres. Es gibt Anzeichen dafür, dass der Investitionsattentismus weiter auf dem Rückzug ist.

Einige Aspekte möchte ich dazu besonders erwähnen: Zum einen haben sich die gewerblichen Ausrüstungen durchaus positiv mit einer leichten Aufwärtstendenz entwickelt. Umfrageergebnisse und Leasingaktivitäten deuten in die gleiche Richtung. Die höhere Investitionsneigung dürfte auch vor dem Hintergrund der günstigen Finanzierungsbedingungen und der Ertragslage der Unternehmen nach wie vor als recht gut fundiert einzustufen sein.

Die Nachhaltigkeit der konjunkturellen Erholung in Deutschland, dies wurde in den vergangenen Wochen häufig diskutiert, hängt ganz zentral von der Erholung am Arbeitsmarkt ab. Hier ist dank der Reformpakete, die unter den verschiedenen Komponenten Hartz I bis Hartz IV verabschiedet wurden, einiges in Bewegung gekommen. Im Jahr 2005 wird sich nun zeigen müssen, wie viel davon effektiv und dauerhaft wirken wird. Der Reformkurs, das ist unsere eindeutige Einschätzung, ist alternativlos und unverzichtbar. Weitere Reformen müssen erfolgen und in die bereits eingeschlagene Richtung gehen.

Ich möchte auch noch ein Wort über den starken Anstieg der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosigkeit zum Jahresbeginn sagen, der unseres Erachtens keineswegs im Widerspruch zu den obigen Aussagen steht. Insbesondere zeigt der Boom bei den Mini-Jobs und die entsprechenden Entwicklungen bei der Teilzeitbeschäftigung, dass im Kernbereich des Arbeitsmarktes weitere Flexibilisierungen stattgefunden haben. Diese müssen weiter vorangehen. Es ist unseres Erachtens auch wichtig, dass neben der Flexibilisierung in Deutschland auch das tarifpolitische Umfeld stimmt. Hier ist positiv festzuhalten, dass die Tarifpartner in den letzten Jahren in Deutschland viel Augenmaß bewiesen haben. Sie haben vielfach die Sicherung von Arbeitsplätzen in den Vordergrund ihrer Verhandlungen gestellt. Lockerungen von Flächen-tarifverträgen durch eine höhere Akzeptanz von Öffnungsklauseln und Ergänzungstarifverträgen haben durchaus das Verhandlungsbild im letzten Jahr mit gekennzeichnet. Die Tarifabschlüsse im Jahr 2005 liegen wohl, wenn man die jetzigen Meldungen verfolgt, im Rahmen des realen Verteilungsspielraums. Stabile Lohnstückkosten und längere Laufzeiten werden vermutlich das Verhandlungsbild in diesem Jahr prägen.

Als Fazit zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bleibt festzuhalten: Es gibt durchaus Gründe, die konjunkturelle Erwartung für dieses Jahr nicht von vorne herein zu tief zu hängen. Die doch recht weite Spannbreite der BIP-Prognosen für das Jahr 2005 liegt zwischen 0,6 und 1,8 %. Dieser breite Fächer von Beurteilungen zeigt, dass es in diesem Jahr doch erhebliche Prognoserisiken zu geben scheint. Die deutsche Wirtschaft wird in dieses Jahr ohne einen entsprechenden Überhang hineingehen, d. h. die Wachstumsrate in 2005 dürfte größtenteils von der Verlaufsdynamik

gekennzeichnet sein. Unabhängig davon wird 2005, auch wenn man ein gewisses Wirtschaftswachstum auf niedrigem Niveau in diesem Jahr in den Mittelpunkt der Erwartungen stellt, für Deutschland sowohl im historischen als auch im internationalen Vergleich kein besonderes günstiges Wachstumsjahr werden. Aber, und so ist unsere Einschätzung, wir haben die Stagnationsphase überwunden. Wir warten auf die Verstärkung der Binnenkonjunktur.

Lassen Sie mich abschließen mit einer kurzen Ausführung zur Lage der öffentlichen Haushalte. Für das Jahr 2004 ist rückblickend zu sagen, dass das gesamtstaatliche Defizit mit 3,7 % annähernd unverändert geblieben ist. Die Schuldenquote steigt auf historische Rekordniveaus von 66 %. Es ist eine kontinuierliche, starke Zunahme der Verschuldung um fast 7 Prozentpunkte seit 2001 zu konstatieren. Vor diesem Hintergrund ist Konsolidierung notwendig und alternativlos. Das Defizit, das wir beobachten, ist zum überwiegenden Teil strukturell bedingt. Und wir beobachten, dass die Budgets von Bund und einer Vielzahl von Ländern und Gemeinden im vergangenen Jahr in Konflikt mit den nationalen Kreditobergrenzen geraten sind.

Im Ausblick für 2005 bedeutet dies unseres Erachtens, dass die Einhaltung der 3 %-Grenze im laufenden Jahr schwierig wird. Aus heutiger Sicht ist aber nicht auszuschließen, dass die 3 %-Grenze erreicht wird. Aber es gibt in unserer Einschätzung erhebliche Risiken. Zum einen ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unsicher, denn es gibt erhebliche Prognoserisiken in diesem Jahr. Die finanziellen Auswirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen, z. B. der arbeitsmarktbedingten Ausgaben oder auch von Einmalmaßnahmen, sind zu diesem Zeitpunkt noch relativ unsicher. Weitere Einnahmeausfälle auf Grund der letzten Stufe der Einkommensteuerreform dürften zum erneuten Rückgang der Einnahmequoten führen. Unseres Erachtens ist daher eine strikte Ausgabendisziplin auf allen Ebenen des staatlichen Handelns erforderlich.

In diesem Zusammenhang möchten wir auch noch einmal betonen, dass die Forderungen der europäischen Institutionen nach zusätzlichen Anstrengungen bei Gefährdung der 3 %-Grenze nicht ignoriert werden sollten. Die geplante Defizitrückführung beruhte im letzten Jahr primär auf Einmalmaßnahmen. Insoweit hat keine strukturelle Konsolidierung stattgefunden. Fortschritte in diesem Bereich sind dadurch erzielt worden, dass vorübergehende Entlastungen durch Belastungen zukünftiger Haushaltsansätze bedingt wurden.

Mittelfristig sehen wir die Rückführung der Defizite, insbesondere der strukturellen Defizite, als eines der wichtigsten Ziele. Wir halten es für essenziell, dass die 3 %-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten wird und nationale Kreditobergrenzen beachtet werden. Meines Erachtens sind auch zusätzliche Anstrengungen notwendig, um Spielraum für das zukünftige Wirken der automatischen Stabilisatoren zu schaffen. Wichtig ist auch, dass man die Bestrebungen eines nahezu ausgeglichenen Haushaltes in den Mittelpunkt der mittelfristigen Finanzplanung stellt.

Zu der Haushaltsplanung möchte ich sagen, dass meines Erachtens vorsichtige Annahmen für die Haushaltsansätze über die Qualität der Realisation von Haushaltsplanansätzen entscheiden. Hier ist es für uns insbesondere wichtig hervorzuheben, dass wir eine Erwartung in Bezug auf den Bundesbankgewinn konkretisieren können. Ein Umfeld mit niedrigen Zinsen führt zu einem dazu, dass die Zinsausgaben des Staates erheblich entlastet werden, was aber gleichzeitig impliziert,

dass die Zinseinnahmen der Bundesbank gering ausfallen. Wenn dies vor dem Hintergrund eines gleichzeitigen Wechselkursrisikos im globalen Kontext geschieht, dann müsste dies dazu führen, dass die Finanzplanung nur einen geringen Bundesbankgewinn als Planungsdeckdatum ansetzen sollte. Eine solide Haushaltsplanung sollte von geringen Bundesbankgewinnen in einem solchen weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Umfeld ausgehen.

Wichtig und begrüßenswert sind unseres Erachtens auch die Reformen der öffentlichen Finanzen, die in Kraft getreten sind. Jedoch sollte die Perspektive für die Fortsetzung dieser Reformen nicht verloren gehen. Ich möchte hier nur sporadisch erwähnen, dass weitere Reformen im Bereich Gesundheit, Alterssicherung, Steuern und Finanzverwaltung in der Diskussion der nächsten Monate vorangetrieben werden sollten.

Eine der größten Sorgen von Notenbanken in der aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte ist die Diskussion um den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Gefahr einer entscheidenden Schwächung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist zur Zeit nicht von der Hand zu weisen. Wir sind der Meinung, dass die Diskussion um die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu einem überzeugenden Ende gebracht werden muss. Die Stringenz des institutionellen und finanzpolitischen Handlungsrahmens der Währungsunion muss bewahrt werden. Es darf nicht zu einer Schwächung der Anreize für eine solide Haushaltspolitik und für eine entsprechende Abkehr von der Regelbindung der Haushaltspolitik kommen. Der Pakt darf durch mögliche Änderungen nicht intransparenter, komplizierter und letztendlich noch schwerer durchsetzbar werden. Es bestünde sonst die Gefahr, dass der Willkür Tür und Tor geöffnet würde. Lassen Sie mich auch sagen, dass bisher in vielen Ländern der EU bereits gravierende Haushaltprobleme existieren. Die anvisierte Reform des Pakts birgt unseres Erachtens die große Gefahr, dass diese mittel- bis langfristig noch zunehmen werden, umso mehr, angesichts der bestehenden demographischen und alterungsbedingten Belastungen in unseren Gesellschaften. Und Deutschland ist hier sicherlich stärker als andere EU-Länder - mit Ausnahme von Italien - betroffen.

In der aktuellen Diskussion um den präventiven Arm des Pakts sollte es nicht dazu kommen, dass dieser weniger eindeutig und transparent wird. Nicht nur muss Haushaltsdisziplin gewahrt werden, auch die Gleichbehandlung unter den Ländern sollte garantiert werden. Die Bundesbank ist ferner besorgt um mögliche Veränderungen des korrektiven Arms des Pakts. Eine großzügigere Implementierung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit birgt das Risiko, dass die Begrenzung des nominalen Defizits auf 3 % verwässert wird. Die Bundesbank ist daher gegen eine Änderung der Mechanismen zum Abbau einer übermäßigen Verschuldung.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, dass die Möglichkeit umfangreicherer Kreditfinanzierung keineswegs zu einer wachstumsfreundlicheren Ausgestaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts beiträgt. Sie schmälert vielmehr aus unserer Sicht die langfristigen, grundlegenden Wachstumsaussichten der Volkswirtschaft. Außerdem, und das ist unsere Hauptsorge, verschlechtert sie die Rahmenbedingungen für eine dauerhaft auf Geldwertstabilität ausgerichtete Geldpolitik in der Währungsunion. Sie macht es Zentralbanken schwieriger, ein stabiles Preisumfeld bei niedrigen Zinsen zu garantieren. Wir wünschen uns in diesem Bereich, dass der jetzige handlungspolitische Rahmen, den wir in der Europäischen Währungsunion haben, in dieser Form erhalten bleibt, wie er ist. Zumindest in den Bereichen, die den korrektiven Teil des Pakts



betreffen. Mögliche Verbesserungen am präventiven Arm müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie wirklich dazu beitragen, Haushaltsdisziplin zu stärken.

Frage:

Haben Sie mit dem Finanzministerium über die Entwicklung des Bundesbankgewinns gesprochen, und wenn ja, wann haben Sie das getan? Haben Sie überlegt, die Entwicklung des Bundesbankgewinns durch Goldverkäufe zu beeinflussen?

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Ab Mitte des Jahres können wir zwar relativ gut den Nettozinsertrag prognostizieren, aber die übrigen Veränderungen, die aus den Marktpreisschwankungen resultieren, können wir nur sehr schwer einfangen. Sie sind meist nicht vorhersehbar, wie die vergangene Entwicklung gezeigt hat. Im Übrigen sind positive Veränderungen insoweit nicht gewinnrelevant, als sie in der Regel in die Neubewertungsposition hineinlaufen. Nur negative Ergebnisse, also gewinnbelastende Ergebnisse, fließen als unrealisierte Verluste in die GuV-Rechnung ein. Deshalb ist es sehr schwer, eine Prognose des Bundesbankgewinns insgesamt zu machen. Sie können jedoch davon ausgehen, dass der Bundesfinanzminister über die Dinge, die wir sehen können, informiert ist.

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zu Ihrer Frage, ob wir daran gedacht haben, zur Steigerung des Bundesbankgewinns die Goldverkaufsoption auszuüben, möchte ich ergänzen: Für mich und meine Kollegen ist die Gewinnsituation der Deutschen Bundesbank eine Residualgröße. Sie steht nicht im Mittelpunkt unseres Handelns. Wir haben ferner, wenn man die Diskussion vom letzten Jahr noch einmal aufgreifen sollte, in vielen Notenbanken, in denen Goldverkaufsoptionen verwendet werden, einen anderen institutionellen Handlungsrahmen. Viele der Notenbanken, z.B. die Banque de France, haben Goldverkaufsoptionen als einen Aktivtausch realisiert, d.h. sie haben Gold verkauft und die entsprechenden Aktiva in ihrer eigenen Bilanz thesauriert. Die Banque de France hat die Thesaurierung dazu genutzt, in ein Euro-Portfolio zu investieren. Sie hat damit den Grundbestand der Aktiva in ihrer Bilanz belassen. Die Erträge aus diesem umgeschichteten Grundbestand wurden dann an das Finanzministerium ausgeschüttet.

Diese Möglichkeit hat die Bundesbank nicht. Bei uns würde jegliche Ausübung der Verkaufsoption zur Hebung von stillen Reserven und zu ihrer sofortigen Ausschüttung führen. Für uns ist eine solche Bilanzverkürzung bei gleichzeitig erheblich risikobelasteten Finanzaktiva – ich habe Ihnen vorher die Wertverluste unserer Dollar-Reserven kurz präsentiert – keine relevante Option gewesen. Deswegen haben wir beschlossen, die Goldverkaufsoption im ersten Jahr nicht zu nutzen. Wir haben diese Verkaufsoption im Eurosystem mit anderen Notenbanken, die den erwähnten Aktivtausch vornehmen wollten, getauscht. Die Bundesbankoptionen sind in vollem Umfang noch erhalten, sie sind nur zeitlich in einem anderen Profil vorhanden.

Frage:

Die Inflation ist nicht sehr stark, und Sie sind zufrieden mit der Entwicklung der Lohnkosten. Der Euro ist ziemlich stark, die Wirtschaft bewegt sich seitwärts und gibt kleine Anzeichen, dass sie sich erholt. Warum spricht man denn in Europa eigentlich von Zinserhöhungen?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zum einen müssen Sie sehen, dass die Zentralbanken ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum leisten. Wir haben historisch niedrige Leitzinsen. Diese tragen auch dazu bei, dass wir gerade im Bereich von Unternehmensinvestitionen ein historisch günstiges Refinanzierungsumfeld haben.

Wir hatten im Eurogebiet eine relativ verhaltene Wachstumsentwicklung im letzten Jahr – in Deutschland schon seit drei Jahren. Wir sind jetzt bei einer Wachstumsprognose von rund 1 % für 2005. Diese liegt unter dem von uns zur Zeit geschätzten Potenzialwachstum von etwa 1 ½ % für Deutschland. Insofern ist es richtig, dass wir ein verhaltenes Wachstumsumfeld haben. Dies ist aber u. E. zum Großteil der Tatsache geschuldet, dass das langfristige Wachstumspotenzial in Deutschland in letzter Zeit auch rückläufig ist.

Zur Frage nach der Orientierung der Geldpolitik: Ich möchte hier keine zukünftige Orientierung der Geldpolitik vorwegnehmen. Wir haben im Eurosystem jedoch eine eindeutige Strategie zur Beurteilung der Risiken für die Preisstabilität. In dieser Strategie spielt neben der realwirtschaftlichen Entwicklung und einer Reihe von Indikatoren, auch die monetäre Entwicklung, eine Rolle. Nicht nur in Europa, sondern im globalen Kontext haben wir erhebliche Überschussliquidität auf den globalen Finanzmärkten. Dies kann dann einerseits zum Preisauftrieb auf der Seite der Konsumentenpreise führen, wenn diese Überschussliquidität über Konsumenten- und Investitionskredite im privaten Sektor ausgabewirksam wird. Es kann allerdings auch dazu führen, dass wir erhebliche Inflationspotenziale nicht im Konsumentenpreisbereich, sondern bei Vermögenspreisen, an den Immobilienmärkten, an den Bondmärkten haben. Das allgemeine Phänomen der globalen Überschussliquidität wird sicherlich dazu führen, dass Zentralbanken - wie dies zurzeit in den USA schon der Fall ist - diese Überschussliquidität zurücknehmen müssen, um sich mittel- bis langfristig in Richtung einer neutraleren Position zu bewegen. Ich betone ganz bewusst, dass dies kein kurzfristiger Ausblick ist. Aber mittel- bis langfristig haben wir eindeutig erhebliche Überschussliquidität, die auch zu einer Gefährdung der zukünftigen Preisniveaustabilität führen kann. Wir analysieren dies sehr genau in der monetären Säule, indem wir die Komponenten und Gegenpositionen der Liquiditätsentwicklung prüfen. Wir sind in diesem Bereich wachsam und beobachten genau, wie diese Liquidität entweder realwirtschaftliche oder preistreibende Effekte haben kann. Wir beobachten auch die möglichen Implikationen für die Finanzmärkte. Es ist wichtig, dass man diese Art der Analyse neben die rein konjunkturell orientierte Analyse stellt und die Informationen aus beiden Bereichen miteinander vergleicht, um zu einem kohärenten Bild der Inflationsgefahren in der mittleren bis langen Frist zu kommen.

Frage:

Inwieweit darf ich denn den Sonderfaktor „Ausbuchung“ als Verneigung, als ein Notopfer für Berlin kommentieren? Sie hätten ja nicht ausbuchen müssen.

Mit welcher Notenbank Europas kann man die Gewinnpolitik der Bundesbank vergleichen?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben keine Gewinnpolitik. Unsere Politik orientiert sich an der Erhaltung der Preisniveaustabilität im Euroraum. Es war nie Ziel der Bundesbank, sich mit anderen Notenbanken des Eurosystems oder innerhalb Europas zu vergleichen. Insbesondere dann nicht, wenn wir komplett unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen haben. Das habe ich bereits erwähnt: Hinsichtlich der Goldreserven war die Frage eines Aktivtauses und der Umstrukturierung von werthaltigen und im Wert gestiegenen Goldreserven in Reserven, die Zinserträge abwerfen können, eine in der Presse viel diskutierte Option. Wir haben jedoch diese Option nicht. Andere Notenbanken haben in ihrer Anlagestrategie einen solchen Aktivtausch beschlossen. Dass wir diesen Aktivtausch nicht betrieben haben, mag man vor dem Hintergrund der Politik in Berlin als einen adversen Faktor für die Entwicklung des Bundesbankgewinns interpretieren. Sie können natürlich die Ausbuchung der Serie als einen positiven Faktor sehen. Ich möchte betonen, dass dies alles in unseren Entscheidungen keine Rolle spielt. Wir treffen unsere Entscheidungen vor dem Hintergrund bilanzieller Überlegungen der Bundesbank. Für uns war die Ausbuchung der Serie I deswegen geboten, weil sie in der Kontinuität der Ausbuchung vergangener Notenbankserien stand. Wir haben uns nie die Frage gestellt, ob wir die Serie deswegen nicht ausbuchen sollten, weil dies als ein entsprechendes positives Signal an Berlin gewertet würde; genauso wie wir uns nicht die Frage gestellt haben, ob wir die Serie später ausbuchen. Die Modelle, die wir zu Grunde legen, müssen sicherstellen, dass es sich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit um ein Passivum handelt, dem keine Rückforderungen entgegenstehen. Dies wurde uns auch von den Wirtschaftsprüfern attestiert. Der Rücklauf hat sich weitgehend stabilisiert. Wir rechnen nicht damit, dass der ausgebuchte Teil noch in irgendeiner Form jemals bei der Bundesbank eingereicht wird. Insofern schien es uns zehn Jahre nach dem Aufrufen dieser Serie geboten, die Ausbuchung voranzutreiben. Ich habe auch erwähnt: Für die Serie III, die noch in vollem Umfang in den Passiva enthalten ist, rechnen wir nicht vor 2011/2012 mit einer entsprechenden Stabilisierung des Rücklaufs, auf deren Grundlage eine Ausbuchung vorgenommen werden könnte.

Daher: der Bundesbankgewinn ist für mich eine Residualgröße. Strategische Überlegungen mit dem Bundesbankgewinn stelle ich nicht an. Wir haben beide Entscheidungen vor dem Hintergrund bilanzieller Entscheidungen getroffen. Ich denke, dass sie gut vertretbar sind. Sie bedingen letztlich, dass wir verantwortungsvoll mit den Aktiva und Passiva der Bilanz umgehen.

Frage:

Sie hätten später ausbuchen dürfen, Sie waren nicht gezwungen, das jetzt zu tun?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben ein statistisches Modell, mit dem wir prüfen können, wie - über 30 Jahre prognostiziert – die wahrscheinliche Rückforderung ist. Wir haben in der Vergangenheit immer die Politik gehabt, dass wir fünf bis neun Jahre nach Aufrufen der Serie ausgebucht haben. Wir sind jetzt schon im Vergleich dieser historischen Ausbuchungen ein Jahr hinter dem üblichen Zeitrahmen, der bei der Ausbuchung der Serie der „Bank deutscher Länder“ im Vordergrund stand. Der Hauptgrund für die Ausbuchung war die Tatsache, dass wir nicht mehr mit einem weiteren Rücklauf rechnen, weil dieser Rücklauf sich so weit stabilisiert hat. Ich habe Ihnen die Scheine der Serie gezeigt. Solche Scheine kommen bei uns nur noch in sehr geringem Umfang zurück. Wir haben 127 Mio. € für diese Rückläufe in der Bilanz stehen gelassen. Das ist der Teil, den wir maximal in den nächsten 30 Jahren als Rücklauf noch erwarten können.

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Wir haben Teilausbuchungen der BdL-Serie 1958, 1971 und 1978 gehabt. Insofern mussten wir in unserer Kontinuität ausbuchen. Wir haben die Entwicklung des Rücklaufs schon über die Jahre beobachtet. Jetzt haben wir diesen Schritt getan: in der Kontinuität und auf der Basis des eben erläuterten statistisch-mathematischen Verfahrens.

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir waren mit unserem Gesamtergebnis von 676 Mio. € - auf Grund der Ausbuchung der Banknoten in Höhe von rund 1,2 Mrd. € - auch in der Lage, unsere allgemeine Wagnisrückstellung in vollem Umfang zu bedienen. Dies ist ein weiterer Aspekt unter Bilanzierungsgesichtspunkten, auch unter Risikominimierungsgesichtspunkten. Er versetzt uns in die Lage, weitere Verschlechterungen der Dollarpositionen durch die vollständige Bedienung der Wagnisrückstellung in Zukunft auch abfedern zu können. Jedes verantwortungsvoll handelnde Unternehmen würde die Bedienung der Wagnisrückstellung in vollem Umfang als eine wichtige Option sehen, insbesondere dann, wenn sie im kommenden Jahr die Dollarbestände als nach wie vor wertbestandsgefährdet ansehen würden. Wäre dies nicht der Fall, wäre diese Entscheidung sicherlich von sekundärer Bedeutung gewesen. Aber so war es ein wichtiger Aspekt der Entscheidung.

Frage:

Ich habe ein Thema auf Ihrer Agenda vermisst: den Finanzplatz. Sie gelten als Kenner des Finanzplatzes, auch als Förderer über viele Jahre – nicht erst als Bundesbankpräsident. Warum halten Sie sich so zurück mit Kommentierungen zu Fragen, die den Finanzplatz hier angehen? Ich meine jetzt ganz konkret: die Pläne der Börse in Richtung London.

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Ich würde das in zweierlei Hinsicht beantworten. Ich bewundere es, wenn Sie direkt einschätzen können, was in der langen Frist gut oder schlecht für den Finanzplatz ist. Dies ist etwas, was meines Erachtens eine doch sehr intensive Prüfung voraussetzt.

Das zweite ist: Wenn wir davon reden, dass wir am Finanzplatz Deutschland einen Übergang schaffen wollen von einem bankorientierten Finanzsystem hin zu mehr Kapitalmarktkultur, müssen wir akzeptieren, dass in dieser Kapitalmarktkultur börsennotierte Unternehmen - vor dem Hintergrund ihrer Gespräche mit ihren Eignern und Aufsichtsrats- und Vorstandsgremien - Strategien besprechen, die für diese Unternehmen langfristig relevant sind. Wir haben natürlich darauf hingewiesen, dass finanzplatzrelevante Aspekte in solchen Diskussionen durchaus wichtig sind. Ich glaube jedoch, dass es öffentlichen Institutionen nicht unbedingt zusteht, hier sehr intensiv und sehr frühzeitig den Prozess einer möglichen Fusion oder einer Übernahme – freundlich oder unfreundlich – zwischen börsennotierten Unternehmen zu begleiten. Wir sehen die Implikationen für den Finanzplatz Frankfurt, und ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in der öffentlichen Diskussion Vor- und Nachteile gesehen wurden. Ich war der Meinung, dass im Vorfeld dieser Verhandlungen die konkrete Ausgestaltung so unklar und in Details noch nicht spezifiziert war, dass eine Vorabkommentierung einer Institution wie der Deutschen Bundesbank nicht angezeigt war. Die Beeinflussung des Prozesses steht nicht im Mittelpunkt dessen, was ich als Richtschnur des Handelns der Deutschen Bundesbank ansehen würde, sondern eher die Kommentierung der Ergebnisse dieses Prozesses.

Frage:

Zum Personalabbau der Bundesbank: Werden Sie ihn auch weiterhin ohne Entlassungen durchführen?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Im Rahmen unserer Filialstrategie schließen wir bis Ende 2007 etwa 60 % unserer Standorte, wir bauen etwa 30 % unseres Personals in einem Zeitfenster von drei bis vier Jahren ab, und wir werden in diesem Personalabbau etwa 40 % der Führungspositionen reduzieren. Dies ist ein m.E einmaliger Abbauprozess in einer öffentlichen Institution. Sie dürfen nicht vergessen, dass ein Teil unseres Personals Beamte sind und wir insofern auch in diesem Prozess den Personalabbau nicht nur im Bereich der Angestellten betreiben können. Aber wir sind bis jetzt ohne entsprechende Abbaumaßnahmen wie betriebsbedingte Kündigungen ausgekommen. Wir werden diesen Prozess weiter vorantreiben, vor dem Hintergrund der Parameter, die wir gesetzt haben, und wir sind zuversichtlich, dass wir unsere Zielgrößen erreichen werden.

Frage:

Wo ist das Geld geblieben, das nach Ihren Berechnungen nicht mehr zur Bundesbank zurückfließen wird? Hätten Sie ohne Ausbuchung einen Verlust ausgewiesen?

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Sie müssen davon ausgehen, dass diese Banknoten ab 1964/1965 ausgegeben wurden. Das ist ein Zeitraum von 40 Jahren. Es handelt sich um den Betrag von rund 1.200 Mio. €. Wenn Sie die Bevölkerungszahl in Deutschland von 80 Millionen nehmen, kommen Sie pro Kopf auf etwa 15 €. Dann können Sie überlegen, wie so etwas zustande kommen könnte. Pro Einwohner 15 € an Banknoten, die in solchen Zeiträumen möglicherweise verlustig gehen – das kann man sich schon vorstellen. Zu Ihrer zweiten Frage: Wenn wir diese Teilausbuchung nicht so beschlossen hätten, dann wäre in diesem Jahr – alles andere ceteris paribus - ein Verlust von rund 550 Mio € aufgelaufen.

Frage:

Wann wurde diese Entscheidung getroffen, auf welche Initiative ging sie zurück und wie ist zu erklären, dass offensichtlich schon vorher ein Vorstandsmitglied öffentlich den Gewinn der Bundesbank auf Null bezifferte?

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Die Entwicklung der Marktpreisbewertung und die daraus resultierenden Abschreibungen sieht man im Verlauf der Marktentwicklung. Das ist die eine Seite. Die Frage, wie man bilanzpolitisch agiert, bespricht man sicherlich im Vorstand in verschiedenen Zyklen. Und was die Frage der Äußerung eines Vorstandsmitglieds angeht, so haben wir dazu als Bundesbank deutlich gesagt, dass dies seine persönliche Meinung gewesen ist, wir haben jedenfalls diese Meldung nicht bestätigt.

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es gibt drei Dimensionen: Sie beobachten kontinuierlich jeden Monat über das ganze Jahr den Rücklauf der Notenserien. Irgendwann im Laufe dieser Zeit, und das waren nun mal zehn Jahre, stabilisiert sich der Rücklauf so, dass Sie eine sichere Prognose über den Rücklauf in den nächsten 30 Jahren machen können. Sie besprechen dann zum Ende des Jahres im Vorstand und mit den Wirtschaftsprüfern, ob diese Ausbuchung der Serie ansteht. Die eigentlich relevanten Entscheidungen können dann eigentlich erst in der Phase des Bilanzabschlusses und des Attestats der Wirtschaftsprüfer getroffen werden. Insofern konnten wir seinerzeit die frühzeitige Äußerung eines Vorstandsmitglieds nicht bestätigen, da bilanzrelevante Entscheidungen noch anstanden. Diese bilanzrelevanten Entscheidungen wurden getroffen in Abhängigkeit von dem Attestat der Wirtschaftsprüfer, das wir erst heute morgen in seiner endgültigen Form als entsprechenden Vermerk bekommen haben. Der Prozess erstreckt sich über die ersten zweieinhalb Monate dieses Jahres, auch unter Berücksichtigung der entsprechenden Entwicklungen des EZB-Gewinns, der ja auch – und darauf möchte ich noch einmal hinweisen – eine erhebliche Rolle in unserer diesjährigen Bilanz gespielt hat. All diese Prozesse laufen ab Ende des Bilanzstichtages 2004 bis zu unserer Pressekonferenz ab.

Frage:

Können Sie bitte beziffern, was die Ausbuchungen in der Vergangenheit - Sie haben 1958 und zwei Daten in den 70er Jahren erwähnt - eingebracht haben?

Dr. Fabritius, Mitglied des Vorstands:

In den Jahren 1958, 1971 und 1978 hatten wir einen Ertrag von insgesamt etwa 85 Millionen Euro, der sich aus der Teilausbuchung der Bank Deutscher Länder-Noten ergeben hat.

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Zum einen hat sich der Banknotenumlauf kontinuierlich erhöht. Zum anderen ist diese Aktivierung von Passiva, die sich in der Teilausbuchung ergibt, ein kontinuierlicher Prozess. Jede DM-Banknote, die an uns zurückgegeben wird, wird aus der Bilanz ausgebucht. So sind Banknoten, die seit den 60er Jahren in Umlauf waren und vor zehn Jahren zurückgerufen worden sind, bereits in erheblichem Umfang durch Rückgabe an die Notenbank aus dem Umlauf genommen worden. Bei der aktuellen Teilausbuchung handelt es sich um eine Teilrestausbuchung von Banknoten, bei denen wir nicht mehr mit einem Rücklauf rechnen. Sei es, dass sie physisch zerstört sind oder dass sie unauffindbar in irgendwelchen Behältnissen schlummern. Das vergangene Rücklaufverhalten lässt darauf schließen, dass sie nicht mehr bei der Bundesbank eingereicht werden und insofern Passiva darstellen, denen keine entsprechende Wertforderung in Zukunft entgegen stehen.

Frage:

Mit den Geldtransporteuren gab und gibt es gewisse Differenzen. Könnten Sie sich bitte dazu äußern?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben in letzter Zeit ein Gespräch mit dem entsprechenden Verband und mit einzelnen Unternehmen geführt. Im Mittelpunkt der Gespräche steht die Diskussion um die Einführung der Multistückelungsbearbeitung der Deutschen Bundesbank vor dem Hintergrund der Konzentration unseres Filialnetzes. Es ist natürlich so, dass jede Konzentration des Filialnetzes von über 100 Filialen auf nur 47 Standorte Auswirkungen auf alle am Bargeldkreislauf Beteiligten hat. Dies betrifft zum Beispiel die Anlieferung von Bargeld an die Filialstandorte der Bundesbank.

Wir haben unsere Planungen hinsichtlich von Filialschließungen frühzeitig kommuniziert, damit sich der Einzelhandel und auch die Werttransportunternehmen auf die zukünftigen Standorte, an denen sich die Bundesbank in der mittleren bis längeren Frist an Bargeldgeschäften und der Bargeldbearbeitung beteiligen wird, einstellen können. Aufgrund von Multistückelungsmaschinen, die eine technologische Weiterentwicklung darstellen, ist es möglich, dass die Bundesbank auch komplette Gebinde unterschiedlicher Stückelungen entgegennehmen kann. Es ist nicht mehr notwendig, die Banknoten nach Stückelungen zusammengefasst vorzusortieren. Dadurch ergibt

sich ein erhebliches Rationalisierungspotential, wodurch wir in der Bargeldbearbeitung kostengünstiger agieren können.

In den Gesprächen haben wir versucht, einen ausgewogenen Kompromiss zwischen allen am Bargeldkreislauf Beteiligten zu finden. Die Entgelte werden wir in den nächsten Monaten einer Prüfung unterziehen. Ein kostendeckendes Angebot von Standard- und Zusatzleistungen ist noch vom Eurosystem zu klären. Die bisherigen Festlegungen beziehen sich weitgehend auf die Bearbeitung von sortenreinen Banknotenserien und weniger auf die Multistückelungsverarbeitung. Wir haben erste Eckpunkte ausgearbeitet, doch noch kein endgültiges Preismodell entwickelt. Dies wird nach den Gesichtspunkten von Effizienzsteigerung, Kosten- und Personalreduktion geschehen. Andere Aspekte, wonach wir z. B. Industriepolitik betreiben wollten, haben bei unseren Planungen keine Rolle gespielt.

Frage:

Ich habe eine Frage zu den Vorstandsbezügen, die Sie ja erstmals einzeln ausweisen. Können Sie uns sagen, ob es da eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr, z. B. eine Steigerung, gegeben hat? Und wie ist die Relation zwischen aktiven Vorstandsmitgliedern und den ehemaligen - die Aktiven beziehen ja einen Bruchteil des gesamten Betrages, weil so viele Führungskräfte abgebaut wurden. Gibt es Überlegungen, diese Ruhestandsgelder zurückzunehmen, damit diese Belastung in Zukunft entfällt?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich verändert, dass der Präsident erstmals weniger als alle anderen verdient, weil er eine kürzere Amtszeit hat. Wir haben keine Überlegungen zum Abbau der Ruhestandsgelder angestellt. Die Ruhegehaltszahlungen sind Basis von Vertragsvereinbarungen und von Vereinbarungen beim Ausscheiden dieser Vorstandsmitglieder und ehemaliger Organmitglieder. Ich glaube nicht, dass es erstrebenswert oder rechtlich möglich ist, in solche bestehenden Verträge einzugreifen.

Frage:

Wie gewinnorientiert ist die Bundesbank in ihrer Anlagestrategie? Assetmanagement ist ja auch eine bankpolitische Aufgabe, die Sie verfolgen müssen? Am meisten hat doch die Dollarabschreibung den Ertrag gedrückt. Ist die Fixierung bei den Devisenreserven auf den Dollar denn so notwendig und richtig? Ist das Euro-Portfolio ausgeschöpft? Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang die Andeutungen der asiatischen Notenbanken, von einer alleinigen Dollarorientierung abzuweichen und im Währungskorb wie zum Beispiel in China den Euro stärker zu gewichten?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Als der Wert des Euro gefallen war, hat die Bundesbank auch Dollarbestände abgebaut. Dies war damals auch marktverträglich möglich und hatte im Nebeneffekt einen gewissen Stützungseffekt für den Euro zur Folge. Zur Zeit verbieten sich solche Überlegungen. Notenbanken behalten sich



durch Devisenhaltung die Möglichkeit zur Intervention vor. Jedoch stehen geldpolitische und währungspolitische Erfordernisse bei der Devisenhaltung im Vordergrund und wenn überhaupt, nur marginal Aspekte der Ertragsmaximierung und des Assetmanagements. Natürlich sind Kontroll- und Prüfungsmechanismen notwendig. Wir brauchen Anlagestrategien und es muss auch ein Risikocontrolling dafür geben. Sie können dem Attestat der Wirtschaftsprüfer entnehmen, dass dies bei der Bundesbank gegeben ist. Wir sind in diesem Bereich „state of the art“. Ich möchte noch einmal betonen, dass Devisenreserven und insbesondere Dollarreserven bei Notenbanken eine andere Bedeutung und Notwendigkeit haben als Währungsanlagen von Privatbanken.

#### Frage:

Die Kerninflationsrate in Deutschland beträgt ein halbes Prozent. Gleichzeitig wird von einem Liquiditätsüberhang gesprochen, der mittelfristig im Euroraum abgeschöpft werden muss. Da besteht doch ein Kommunikationsproblem oder ist der Preisindikator, der so genannte Inflationsindikator falsch konstruiert, weil er nur die Güter- und Dienstleistungspreise, nicht aber die Vermögenspreise beinhaltet?

#### Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Das eine ist die Kerninflationsrate. Ich weise noch mal darauf hin, dass das Eurosystem auf eine Zielinflation im Sinne einer harmonisierten Verbraucherpreisinflation fokussiert und dies auch nicht vor dem Hintergrund deutscher Daten, sondern der Daten des Euroraums. Im letzten Jahr lag die HVPI-Inflationsrate des Euroraums von 2,1 % sehr nahe an dem Wert, der vereinbar ist mit der Definition von Preisstabilität. Wir lagen jedoch leicht darüber und in der Vergangenheit gab es gelegentlich Kritik, wenn die Inflationsrate des Eurosystems oberhalb des Werts von nahe 2 % gelegen hat. Für uns ist zwar der Euroraumpreisindex HVPI das Datum, das wir in den Mittelpunkt der geldpolitischen Überlegungen stellen, jedoch ist das Mandat der Preisniveaustabilität in der mittleren Frist zu gewährleisten, was bedeutet, dass wir nicht mechanistisch auf kurzfristige Änderungen der Inflationsrate reagieren. Wir betrachten, inwieweit Basiseffekte, administrierte Preiseffekte oder indirekte Steuern die kurzfristige Inflationsrate verzerren. Diese Effekte spielen sehr häufig in einem Zeithorizont von über einem Jahr keine Rolle mehr für die Headline-Inflationsrate. Insofern erfordern sie auch keine geldpolitische Reaktion, da die Geldpolitik mittel- bis langfristig orientiert ist. Wenn aber der zugrunde liegende realwirtschaftlich bedingte Preisaufstieg anziehen sollte, ist dies durchaus ein Grund für Besorgnis. Wir analysieren dies vor dem Hintergrund der geringen Wirtschaftsdynamik und auch der relativ moderaten Lohnentwicklung in weiten Teilen des Euroraums, und vor diesem Hintergrund wird die Inflation derzeit weitestgehend in Schacht gehalten in der kurzen Frist. Aufgrund der Überschussliquidität bestehen aber mittel- bis langfristige Risiken für die Preisniveaustabilität, die es genau zu beobachten und zu analysieren gibt. Ferner gab es einen erheblichen kurzfristigen Preisauftrieb, insbesondere durch Rohstoffpreise, aber auch durch administrierte Preise und indirekte Steuern, die sehr schwer zu prognostizieren sind. Im Euroraum und in Deutschland haben diese beiden Aspekte, administrierte Preise und indirekte Steuern, zu fast 1 % die HVPI-Inflation getrieben. Dies hat die kurzfristigen Inflationsraten verzerrt im Verhältnis zu dem, was für uns mittel- bis langfristig in der Geldpolitik entscheidungsrelevant ist.

Frage:

Wenn Sie eine Wagnisrückstellung aufgestockt haben und Sie haben das ja mit Risiken in den Dollarreserven begründet, heißt das, dass Sie eine weitere Abwertung des Dollar in diesem Jahr erwarten?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Die Wagnisrückstellung ist vor dem Hintergrund einer Risikominimierung zu sehen. Es besteht das Risiko, dass es zu einer weiteren Abwertung des Dollar kommen kann. Wagnisrückstellungen haben den Sinn, potenzielle Entwicklungen, die sich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ergeben könnten, abzufedern, und nicht nur die erwarteten Entwicklungen. Wir haben dementsprechend die Wagnisrückstellung in der Höhe von 7 % bedient, wie es vergangenen Vorstandsbeschlüssen entspricht. Hätten wir dies nicht in dieser Höhe getan, wären wir letztendlich in der Wagnisvorsorge vor vergangene Vorstandsbeschlüsse zurückgefallen und ich hielte dies in diesem Jahr für nicht angezeigt.

Frage:

Ist es richtig, dass der Großteil der Eurofälschungen, die in Deutschland entdeckt werden, bei der Bundesbank aufgegriffen wird und dass es da möglicherweise eine systematische Verzerrung gibt? Stimmt es, was man gelegentlich hört, dass bei den Wertpapiertransporteuren ein Anreiz besteht, keine Fälschungen aufzudecken, sodass Sie deshalb Ihre Hand viel stärker im Spiel haben müssen, als Sie es vielleicht möchten?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es ist in der Tat so, dass der Anteil von Falschgeld, der in der Bundesbank festgestellt wird, sehr hoch ist. Das ist auch einer der Gründe, weshalb die Bundesbank nach wie vor in der Bargeldbearbeitung präsent sein muss. Ich möchte Herrn Zeitler, der im Auditorium sitzt, bitten, die genauen Zahlen zu nennen.

Prof. Dr. Zeitler, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank:

Bei Münzen wird die Mehrzahl aller in Deutschland im Zahlungsverkehr festgestellten gefälschten Münzen von den Mitarbeitern der Deutschen Bundesbank entdeckt. Wir beschränken uns aber bei den Münzen nach der Reduzierung unserer Dienstleistungen auf Stichproben zwischen 5 und 10 %. Banknoten werden uns überwiegend von den Werttransportdienstleistern zugeliefert, die schon vorbearbeitet sind. Gleichwohl stellen unsere Mitarbeiter in den Filialen 40 % aller in Deutschland im Zahlungsverkehr angehaltenen Banknotenfälschungen fest.

Frage:

Wenn Sie von einem bescheidenen Wachstum sprechen, können Sie das möglicherweise beziffern? Wie hoch ist Ihre Wachstumserwartung für dieses Jahr?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Für Deutschland erwarten wir ein Wachstum um 1 % im Jahr 2005. Diese Zahl ist die Headline Rate und arbeitstagsbereinigt. Sie wissen, dass im Vergleich zu dem negativen Arbeitstageeffekt in 2004 mit -0,5 % der Arbeitstageeffekt in 2005 mit etwa 0,2 % positiv ist.

Frage:

Übermorgen treffen sich Regierungs- und Oppositionsspitzen in Berlin zum so genannten Jobgipfel. Gibt es etwas, was die Bundesbank den Akteuren mit auf den Weg geben würde und wie stehen Sie insbesondere zu der Debatte um die Senkung der Körperschaftssteuer zur Ankurbelung der Wirtschaft?

Prof. Dr. Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben in der Vergangenheit schon häufiger darauf hingewiesen, dass es möglich ist, an einzelnen Stellschrauben des institutionellen Rahmenwerks der deutschen Wirtschaftsverfassung Neuadjustierungen vorzunehmen. Wir halten es allerdings für sinnvoll, dass dies nicht Einzelmaßnahmen sind, sondern dass es ein konsistentes und kohärentes Rahmenwerk gibt, mit dem man letztendlich das Thema Steuerreform angeht. Ich verstehe in diesem Bereich die derzeitige Diskussion so, dass man im Bereich der Kapital- und Unternehmensbesteuerung sicherlich nachsteuern muss. Dies ist eine äußerst komplexe Thematik, worauf auch Herr Wiegand, der im Sachverständigenrat Experte für diese Steuerfragen ist und der mit seinen Kollegen mit der Erstellung eines Gutachtens hierzu betraut ist, wiederholt hingewiesen hat. Es gibt sehr viele Abgrenzungsprobleme, die genau zu spezifizieren sind. Schnellschüsse sind hier nicht angezeigt. Es ist wichtig, dass man ein konsistentes Rahmenwerk entwickelt, wenn man die Senkung der Unternehmenssteuern nutzen möchte, um in der Gegenfinanzierung den meines Erachtens nicht stark genug vorangetriebenen Abbau von Subventionen und Steuerausnahmetatbeständen weiter zu forcieren. Ich erinnere daran, dass 2003 in den entsprechenden Verhandlungen einen zwölfprozentigen Abbau von Steuerausnahmen und Subventionstatbeständen auf der Koch-Steinbrück-Liste beschlossen wurde. Wenn noch einmal 12 % abgebaut werden, hat man einen Spielraum von etwa 7 Milliarden.

Ein weiterer Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen ist vorgegeben, weil jedes Jahr 4 % abgebaut werden. Ich halte es für wirtschaftspolitisch geboten, das Schnecken-tempo dieses Abbaus über 25 Jahre durch beherztere Konsolidierungsschritte zeitnaher umzusetzen. Wenn man daran denkt, im Bereich der Unternehmenssteuern Entlastungen zu schaffen, muss man die Konsolidierung in diesem Bereich ebenfalls viel stärker voran treiben. Wenn dies im Parteienkonsens gelingen sollte, würden wir das in der Bundesbank begrüßen. Wir haben dies in dem Papier „Wege aus der Krise“ auch als einen Weg aufgezeigt und begrüßen jede ernsthafte Diskussion in Deutschland, die mit Reformen im Steuersystem, an den Arbeitsmärkten, im Vermittlungsprozess von Arbeitnehmern unter Hartz IV oder auch im Bereich der Tarifverhandlungen mehr Flexibilität für den Standort mit sich bringt. Wir würden es auch begrüßen, wenn diese Reformdiskussion nicht bis nach der nächsten Wahl vertagt wird.